

# **Aktivierung und Beteiligung im Quartier**

**Konzept zur Förderung der Gemeinwesenarbeit in  
Wohngebieten mit besonderem Handlungsbedarf**

# 1 Rückblick

Der Rat der Stadt Köln hat nach einer Modellförderung und anschließender Evaluierung mit Beschluss vom 26.10.1995 die dauerhafte Förderung der Gemeinwesenarbeit in Kölner Schwerpunktwohngebieten festgelegt, um benachteiligte Stadtviertel zu lebensfähigen Quartieren mit Perspektive zu entwickeln. Die Träger Veedel e.V., Holweider Selbsthilfe e.V., und Buchheimer Selbsthilfe e.V. erhalten seitdem jährliche Zuschüsse zur Finanzierung von 0,5 bis 1,00 Personalstellen für die aktivierende Bewohnerarbeit. Die Christliche Sozialhilfe e.V. wurde im Jahr 2001 in die Förderung aufgenommen. Die Verteilung der im Haushaltsplan bereitgestellten Mittel erfolgte jährlich durch Beschluss des Ausschusses für Soziales und Senioren. Die Höhe der einzelnen Zuwendungen wurde für jedes Gebiet gesondert festgelegt. Insgesamt standen in den Haushaltsjahren 2013, 2014 und 2015 Mittel in Höhe von 168.200 € jährlich zur Verfügung. Davon erhielten die Holweider Selbsthilfe e. V. (Wohnsiedlung Gerhart-Hauptmann-Straße) und der Veedel e.V. (GAG – Siedlung Ostheim) jeweils 59.100 €, die Buchheimer Selbsthilfe e. V. (Wohngebiet Hermann – Kunz – Straße) 39.900 € und die Christliche Sozialhilfe e.V. (Siedlung Am Donewald) 10.100 €.

In seiner Sitzung am 15.01.2015 hat der Ausschuss für Soziales und Senioren beschlossen, die Mittel zur Förderung der Gemeinwesenarbeit für 2015 auf Basis der Zahlungen des Jahres 2014 zu verteilen.

Die Verwaltung wurde beauftragt, zusammen mit den GWA – Trägern und der Liga der freien Wohlfahrtsverbände das bisherige Konzept zu überprüfen und ggf. einen Vorschlag für ein weiterentwickeltes Konzept zum bedarfsorientierten Einsatz dieser Mittel auf der Grundlage einer Quartiersanalyse zu entwickeln. Dabei sollen nach den Erkenntnissen der Sozialplanung gegebenenfalls weitere Quartiere einbezogen werden, die nach vorliegenden Indikatoren einen Handlungsbedarf aufweisen.

## 2 Was ist Gemeinwesenarbeit und wie grenzt sie sich zur Sozialraumkoordination ab?

Gemeinwesenarbeit ist ein Arbeitsprinzip der Sozialen Arbeit, das sich mit seinen Analysen und Strategien auf sozialräumliche Gebiete bezieht, in denen die Menschen unter erschwerten Bedingungen leben. Sie hat das Ziel, die Bewohnerinnen und Bewohner eines Stadtteils, einer Siedlung, eines Quartiers zu aktivieren und zu befähigen, ihr Lebensumfeld und ihre Lebensbedingungen eigenständig zu gestalten und die dafür erforderlichen Kommunikationsstrukturen aufzubauen und zu stabilisieren.

Zu diesem Zweck wird unter Einsatz unterschiedlicher Methoden Soziale Stadtteilarbeit mit der Aufgabenstellung geleistet, in Zusammenarbeit mit möglichst vielen Betroffenen die Lebensqualität vor Ort zu steigern, die das Gemeinwesen beeinträchtigt.

genden strukturellen Probleme zu erkunden, sie konstruktiv und lösungsorientiert aufzugreifen und Partizipationsprozesse zu ermöglichen.

Die Fachkräfte für Gemeinwesenarbeit knüpfen an den konkret festgestellten Interessen, Aktivitäten und Bedürfnislagen der Bewohnerschaft an und entwickeln daraus bedarfsgerechte Beratungs-, Aktivierungs- und Unterstützungsleistungen für das Quartier. Sie sind vor Ort erreichbar, arbeiten aufsuchend und schaffen Vertrauen durch niederschwellige Arbeit mit den Bewohnerinnen und Bewohnern.

Sie streben bei allen ihren Aktivitäten danach, die Selbsthilfekräfte und die Eigeninitiative der Menschen zu stärken. Sie fördern die im Stadtviertel vorhandenen Potentiale und Eigenressourcen.

Sie vernetzen sich mit anderen kommunalen und nichtkommunalen örtlichen Akteuren und stimmen ihre Vorhaben mit diesen ab.

Die Interventionsebenen der aktivierenden Gemeinwesenarbeit und der im Rahmen des Handlungsprogramms „Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln“ eingerichteten Rolle der Sozialraumkoordination unterscheiden sich deutlich voneinander, auch wenn hinsichtlich der Bewohnerorientierung Schnittmengen bestehen.

Dies manifestiert sich schon dadurch, dass die Sozialraumgebiete mit durchschnittlich rund 30.000 Einwohnern wesentlich größer sind. Ziel des Handlungsprogramms ist es, ein ressortübergreifendes Handeln sowohl in der Verwaltung als auch in der Trägerlandschaft zu entwickeln und damit Synergien zu generieren. Im Zuge der Sozialraumorientierung soll im Ergebnis eine bedarfs- und ressourcenorientierte Ziel- und Maßnahmenplanung erfolgen.

Die Sozialraumkoordination wirkt dabei als intermediäre Instanz, die eine Vernetzung und Einbindung aller lokalen Akteure befördert. Dies beinhaltet auch die strukturelle Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, z.B. im Rahmen von Sozialraumkonferenzen.

Dagegen zielt die Gemeinwesenarbeit in den wesentlich kleineren Gebieten, Vierteln oder Straßenzügen auf die Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers, indem sie eine qualifizierte, kontinuierliche und nachhaltige Beteiligung verwirklicht.

Aus fachlicher Sicht sind beide Handlungsstrategien notwendig und ergänzen sich sinnvoll. Die ausführliche Diskussion im Rahmen einer zu dieser Thematik veranstalteten Sondersitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren hat ebenfalls zu dieser Erkenntnis geführt.

### 3 Zielsetzung der Förderung

Wohnen bedeutet zu Hause sein, sich wohl fühlen, aktiv am Leben im Stadtviertel beteiligt sein. Die Wohnung, das direkte Wohnumfeld und die unmittelbare Nachbarschaft sind für die Bewohnerinnen und Bewohner wichtig und gewinnen bei der Integration unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen zunehmend an Bedeutung. Dies trifft besonders für sozial belastete Stadtviertel zu, in denen meist viele Menschen von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind. In diesen Quartieren ist die Qualität der Wohn- und Lebensbedingungen unzureichend. Hier leben überproportional viele Empfänger von Transferleistungen, deren ökonomische Situation prekär ist. Durch unregelmäßiges Einkommen, Überschuldung und psycho - soziale Probleme sind sie latent vom Wohnungsverlust bedroht.

Die Leitlinien für ein soziales Köln, die im August 2007 veröffentlicht wurden, haben erstmals die Aufgaben und Strategien kommunaler Sozialpolitik in Köln spezifiziert. In den Leitlinien wird die Bekämpfung sozialer Ausgrenzung einzelner Bürger und Bevölkerungsgruppen zum zentralen Thema erhoben. Die Stadtverwaltung und ihre Kooperationspartner verpflichten sich, Angebote vorzuhalten, die gesellschaftlicher Ausgrenzung vorbeugen, um allen in einem Stadtteil lebenden Menschen, unabhängig von der persönlichen Lebenssituation, der Herkunft, der sozialen Stellung und materiellen Leistungsfähigkeit die Möglichkeit zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu eröffnen.

Ein weiteres Element des sozialen Köln ist die Wahrung der sozialen Balance zwischen den verschiedenen Stadtteilen und Stadtvierteln.

Mit mehreren kommunalen Handlungsstrategien wird die Erreichung dieser Ziele angestrebt. Dazu gehören insbesondere die Beobachtung von Lebenslagen in Stadträumen durch das im Aufbau befindliche kleinräumige „Monitoring Stadtentwicklung Köln“ und die Fortführung des sozialräumlichen Handlungsprogramms „Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln“.

Als weitere Komponente leistet die Gemeinwesenarbeit in sozial belasteten Quartieren eine überaus wichtige Funktion und hat sich seit vielen Jahren als wirksames Instrument erwiesen. Sie initiiert, fördert und unterstützt Partizipationsprozesse der Bewohnerinnen und Bewohner, die in ihren Möglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements durch Ausgrenzungsmechanismen behindert werden.

Die kommunale Förderung der Gemeinwesenarbeit wird dem zufolge als Instrument verstanden, mit dem Prozesse der sozialen Quartiersentwicklung ergänzend zu anderen städtisch gesteuerten Handlungsstrategien vorangetrieben werden können.

## **4 Wirkungen der Gemeinwesenarbeit**

In den letzten Jahren sind auch in Köln zunehmende Polarisierungs- und Segregationsprozesse festzustellen, die zu einem Ungleichgewicht zwischen den Quartieren führen. Menschen mit geringer Bildung und niedrigem Einkommen konzentrieren sich größtenteils in belasteten Quartieren. Diese Quartiere sind besonders von strukturellen Mängeln, sozialen Problemlagen und einem negativen Wohnumfeld betroffen. Daher stellt sich die Aufgabe, geeignete Handlungsstrategien zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bewohnerinnen und Bewohner vor Ort zu entwickeln. Der Einsatz von Gemeinwesenarbeit stellt eine präventive Maßnahme dar, deren Wirkungen letztlich auch zu finanziellen Vorteilen für die Kommune führen. Die vielfältigen Wirkungen werden nachfolgend dargestellt.

5

### **4.1 Frühwarnsystem zur Erkennung sozialer Konflikte**

Durch den unmittelbaren Kontakt zur Wohnbevölkerung und ihren analytischen Auftrag erhalten die mit der Gemeinwesenarbeit beauftragten Sozialarbeiter Einblicke in sich abzeichnende soziale Konflikte und können frühzeitig zu einer Entschärfung oder Problemlösung beitragen.

### **4.2 Verantwortungsübernahme für das Wohnumfeld**

Der Zusammenhalt der Bewohnerinnen und Bewohner eines Quartiers wird durch Gruppenaktivitäten gestärkt und mündet darin, das gemeinschaftliche Wohnumfeld attraktiver zu gestalten und Verwahrlosungstendenzen entgegenzuwirken. Dazu gehören beispielsweise die Verbesserung der Müllentsorgung, die Sauberhaltung der Hauseingänge und Gemeinschaftsflächen und die Gestaltung von unansehnlichen Gebäude- oder Mauerflächen. Auch der Aufbau von Mieterräten trägt zu einer Aufwertung der Quartiere bei, indem die Selbstwirksamkeitskräfte der Menschen aktiviert werden.

### **4.3 Hilfe bei der Integration von Generationen, Milieus u. Ethnien**

Benachteiligt Quartiere haben aufgrund der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung häufig besondere Integrationsleistungen zu bewältigen. Gemeinwesenarbeit bringt die Menschen zusammen, findet verbindende Themen und ermutigt sie zu gemeinsamen Aktivitäten. Dadurch können sie die Erfahrung der sozialen Zugehörigkeit machen. Die Spirale von Ausgrenzung und Gewalt und die damit verbundenen hohen Folgekosten können so vermieden werden.

## 4.4 Förderung der Infrastrukturerhaltung im Quartier

Im Nahbereich ihrer alltäglichen Lebenswelt werden die Menschen aktiviert und beteiligt, wenn es um die Gestaltung und Verbesserung der Nutzung öffentlicher Plätze und des Wohnumfeldes geht. Nach diesem Prinzip sind in den GWA – Projekten Mietergärten entstanden, wurden Spiel- und Bolzplätze angelegt und die Umgestaltung öffentlicher Plätze angeregt.

## 4.5 Reduzierung finanzieller Aufwendungen

Am 25.08.1993 hat der Rat der Stadt Köln die auf 3 Jahre befristete modellhafte „Förderung der Gemeinwesenarbeit in Kölner Schwerpunktwohngebieten“ beschlossen. Anhand der Indikatoren „Fluktuation“, „Mietrückstandsfälle“, „Zwangsräumungen“ und „Gewährleistungsaufwendungen“ konnte der erfolgreiche Verlauf der Modellphase auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten belegt werden. Die Summe der Aufwendungen für Mietrückstandsübernahmen und Gewährleistungszahlungen<sup>1</sup> konnte in den damaligen Modellprojekten in Holweide, Raderberg und Ostheim umgerechnet von 318.550 Euro auf 90.795 Euro gesenkt werden. Zur Verstetigung hat der Rat am 26.10.1995 die dauerhafte Finanzierung der Gemeinwesenarbeit festgelegt.

Das Gesamtvolumen der im Rahmen des Belegungsrechtsvertrages mit der GAG zu leistenden Ausgleichszahlungen steigt, bezogen auf den Zeitraum der letzten 5 Jahre, kontinuierlich an.

2011	2012	2013	2014	2015 <sup>2</sup>
2.582.006,76 €	2.636.443,82 €	3.271.038,54	4.729.512,20 €	4.862.236,41€

Aufgrund der Erfahrungen kann eine Gegensteuerung zur dieser Kostenentwicklung in einer Ausweitung des Einsatzes von Gemeinwesenarbeit bestehen. Durch die beschriebenen Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung und Verantwortungsübernahme in den Quartieren steigt die Identifikation der Bewohnerinnen und Bewohner mit ihrem Wohnumfeld. Dies senkt wiederum fluktuationsbedingte Leerstände, Mietausfälle und Schäden in den Wohnungen. Auch unter wirtschaftlichen Aspekten ist es somit bedeutsam, die Förderung der Gemeinwesenarbeit auf weitere Quartiere mit einem erheblichen Bestand an Belegungsrechtswohnungen auszudehnen.

---

<sup>1</sup> In den Wohnungen, die dem vertraglichen Belegungsrecht des Amtes für Soziales und Senioren unterliegen, werden Ausgleichszahlungen für fluktuationsbedingte Leerstände, Mietausfälle und Instandsetzungen geleistet.

<sup>2</sup> Vorläufiges Ergebnis bis zur Jahresendabrechnung

## 5 Quartiersanalyse

Im Unterschied zu den städtischen Sozialraumgebieten, die eine Größenordnung von 20.000 bis 30.000 Einwohnern haben, handelt es sich bei den Projektgebieten der Gemeinwesenarbeit um wesentlich kleinere und überschaubare Quartiere mit 2.500 bis 5.000 Einwohnern.

Die Stadträume sind nicht geografisch definiert, sondern durch Gemeinsamkeiten in der Lebenswelt der dort wohnenden Menschen. Sie werden auf der Basis einer kleinräumigen Analyse nach folgenden Merkmalen identifiziert:

- räumliche Konzentration von Armut (Leistungsbezug nach SGB II, XII und VIII)
- hoher Anteil an Langzeitarbeitslosen
- überdurchschnittliche Quote der Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung
- Anteil an Wohnungen, die dem Belegungsrecht des Amtes für Soziales und Senioren unterliegen
- strukturelle Mängel der Wohnungen, des Umfelds oder /und der Lage
- schwache Infrastruktur
- negatives Image
- geringe Identifikation der Wohnbevölkerung mit dem Quartier

Als Indikator für die ersten beiden Merkmale wird der Bezug von SGB II – Leistungen herangezogen. Nach einer kleinräumigen Auswertung des Leistungsbezuges wird in 22 Stadtvierteln eine Quote von 30% überschritten. Die sozialräumliche Verteilung der Belegungsrechtswohnungen ist insoweit von Bedeutung, als die Gemeinwesenarbeit eine flankierende Maßnahme des Amtes für Soziales und Senioren in den Gebieten mit einem erheblichen Bestand darstellt. Die Stadt unterstützt die in den Wohnungen lebenden Menschen, die sich in oftmals in prekären Lebenslagen befinden, mit verschiedenen Handlungsstrategien.

Die übrigen „weichen“ Merkmale können nur durch die fachliche Einschätzung von örtlichen Akteuren bewertet werden.

Aus der Bedarfsanalyse (Anlage 1) lässt sich eine größere Anzahl von Stadtvierteln ableiten, auf die diese Merkmale in besonderer Weise zutreffen und in denen der Einsatz von Gemeinwesenarbeit demzufolge erforderlich ist.

Da mit den derzeit zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln maximal vier Standorte gefördert werden können, ist eine Doppelstrategie erforderlich, die einerseits das Setzen von Handlungsprioritäten beinhaltet, andererseits jedoch eine bedarfsgerechte Aufstockung der Mittel verfolgt. Hierbei werden durch die Verwaltung auch die Möglichkeiten des Kölner EFRE\*ESF – Projektes „Starkes Veedel – Starkes Köln“ ausgeschöpft.

Die Auswahl der Prioritätsgebiete soll sich nach folgenden Kriterien richten:

- Überdurchschnittliche und komplexe Problemlagen begründen ein vordringliches städtisches Interesse am Einsatz von Gemeinwesenarbeit.
- Die in den Quartieren vorhandenen Problemlagen müssen in einem begrenzten Zeitraum durch Gemeinwesenarbeit beeinflusst werden können. Parallel dazu werden weitere kommunale Maßnahmen zur Erreichung der Ziele eingesetzt.
- Der zu beauftragende Träger trifft auf Strukturen, die ihm die Arbeitsaufnahme ermöglichen.

## 6 Handlungsfelder

Die folgenden Handlungsfelder eignen sich in besonderer Weise zur Aktivierung schwer erreichbarer Bevölkerungsgruppen. Sie stellen jedoch keine themenbezogene Festlegung der Gemeinwesenarbeit dar, die sich stets an den zeitnahen Handlungsbedarfen im Quartier orientiert.

### 6.1 Wohnung und Wohnumfeld

Die Qualität der Wohnungen und ihrer Verwaltung durch die jeweiligen Eigentümer, ebenso die fehlenden Chancen eines Umzugs, prägen die Lebenswelt und den Alltag in sozial belasteten Stadtgebieten. Häufig leiden die Menschen unter unzureichenden Wohnraumstandards bis hin zu gravierenden baulichen Mängeln. Das äußere Erscheinungsbild der Häuser und des Umfelds ist vielfach unattraktiv.

Bei den derzeitigen Fördergebieten der Gemeinwesenarbeit handelt es sich ausnahmslos um Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus, die im Besitz der städtischen Wohnungsgesellschaft GAG sind. Diese zeichnet sich durch ihr soziales Engagement in den Quartieren aus. Sie investiert in die umfangreiche Sanierung der Wohnungen, unterstützt die Bildung von Mieteräten, stellt Räumlichkeiten für Bewohnercafés und Bürgerläden zur Verfügung und kooperiert mit den Fachkräften der Sozialen Arbeit vor Ort.

Der Bedarf aktivierender Bewohnerarbeit zeigt sich jedoch zunehmend auch in Kölner Großsiedlungen, deren Eigentümer nicht von sozialer Verantwortung geprägt sind, sondern in erster Linie Spekulationsinteressen verfolgen und ihren Wohnungsbestand verwahrlosen lassen.

### 6.2 Soziale und kulturelle Infrastruktur

Bedarfsgerechte soziale und kulturelle Angebote, die auf die Lebenswelt der Wohnbevölkerung zugeschnitten sind, sind in sozial belasteten Stadtvierteln häufig unter-



entwickelt oder nicht vorhanden. Anknüpfend an die festgestellten Interessen, Ressourcen und Bedarfe sollen diese so erweitert werden, dass sie den Zugang zu den Menschen erleichtern und zugleich zu ihrer Aktivierung beitragen.

### **6.3 Integration/ Zusammenleben im Quartier**

Das Zusammenleben in den Quartieren ist vielfach belastet durch sozial unausgewogene Bewohnerstrukturen und die häufig problematischen Beziehungen zwischen unterschiedlichen kulturellen Gruppen. Die Anforderungen an die Nachbarschaften und ihre Integrationsfähigkeit sind enorm, auch durch die besonderen Herausforderungen der Zuwanderung. Durch den methodischen Einsatz der Gemeinwesenarbeit kann eine Verbesserung der gemeinschaftlichen Beziehungen erreicht werden. Dazu gehören die Förderung der Stadtteilidentität und die Schaffung neuer Begegnungs- und Kommunikationsorte im Stadtviertel.

9

### **6.4 Bildung**

Bildungsbenachteiligung kennzeichnet die Lebenslage der Menschen aller Altersgruppen in sozial belasteten Quartieren. In der Gemeinwesenarbeit wird dies zum Anlass genommen, in Kooperation mit anderen Akteuren spezielle Bildungsangebote zu konzipieren und zu schaffen, die die Lebenswirklichkeit der Menschen einbeziehen und von ihnen angenommen werden.

### **6.5 Gesundheit**

Die Lebensbedingungen in benachteiligten Stadträumen wirken sich ungünstig auf die Gesundheit der dort lebenden Menschen aus. Gesundheitsfördernde Unterstützungsleistungen sind daher erforderlich, um strukturelle Unterschiede gegenüber anderen Stadtvierteln abzubauen.

### **6.6 Wirtschaftliche Infrastruktur und lokale Ökonomie**

Die sozialräumliche Ausgrenzung von Quartieren wird häufig durch ihre unzureichende wirtschaftliche Infrastrukturausstattung erlebbar. Dazu gehören insbesondere der fehlende Zugang zu Nahversorgung und eine schlechte Anbindung an den ÖPNV. Die Stärkung der lokalen Ökonomie und das Instrument der kommunalen Beschäftigungsförderung zur Erhöhung von Teilhabechancen sind von allen beteiligten Akteuren in den Blick zu nehmen.

## 6.7 Ordnung und Sicherheit

Das Sicherheitsempfinden in benachteiligten Quartieren ist oftmals beeinträchtigt durch bauliche Merkmale (Angsträume), Ruhestörungen, Vandalismus und Kriminalität. Ein ohnehin negatives Image kann sich durch sichtbare Probleme wie überlaufende Müllcontainer und wilde Sperrmüllablagerungen verfestigen.

## 7 Beauftragung

Mit der Sozialen Arbeit werden Träger beauftragt, die Erfahrungen und methodische Kompetenz in der Gemeinwesenarbeit vorweisen können und über qualifiziertes Fachpersonal verfügen. Die angestrebte Weiterentwicklung setzt die grundsätzliche Bereitschaft des Trägers, der eine öffentliche Förderung für Gemeinwesenarbeit erhalten soll, voraus, die Aufgabe zukünftig auch an anderen Standorten wahrzunehmen.

## 8 Personalprofil und Aufgaben der Fachkräfte

In jedem der ausgewählten Projektgebiete ist eine halbe Stelle einzurichten und mit einer Fachkraft mit Abschluss Sozialarbeiterin/ Sozialarbeiter zu besetzen. Insbesondere wird folgendes Profil erwartet:

- abgeschlossenes Studium der Sozialen Arbeit oder vergleichbarer Abschluss
- ausgewiesene Fachkompetenz in mehreren sozialen Handlungsfeldern
- ausgewiesene Fachkompetenz in der Gemeinwesenarbeit (Studienschwerpunkt, Zusatzqualifikation)
- Erfahrung in der Moderation von Gruppenveranstaltungen
- hohe Motivationskompetenz und Koordinierungsfähigkeit

Die Gemeinwesenarbeit mit den in den Quartieren lebenden Menschen muss besondere Anforderungen an den Einsatz von Beteiligungs- und Aktivierungsmethoden erfüllen. Sie verläuft prozesshaft in drei Phasen:

### Phase 1

- Einrichtung eines Quartierbüros
- Erkundung der Interessen, Ressourcen und Bedarfslagen im Quartier durch persönliche Gespräche, Befragungen der Wohnbevölkerung und durch Beobachtung und Analyse des Gemeinwesens
- Soziale Aktivierung der Wohnbevölkerung durch aktivierende Befragungen, Organisation von Versammlungen, (Stadtteil-)festen, kulturellen Veranstaltungen und Aktionen, Informationsangeboten und quartierbezogene Öffentlichkeitsarbeit

## Phase 2

- Schaffung von Mitwirkungsmöglichkeiten am sozialen und kulturellen Leben im Stadtviertel, an Mieterräten im Quartier
- Verbesserung der Lebensbedingungen durch Maßnahmen zur Aufwertung des Quartiers und Erhöhung der Sicherheit
- Entwicklung und Organisation von konkreten Maßnahmen
- Erhöhung der Teilhabechancen in den Bereichen Beschäftigung, Bildung und Gesundheit
- Vertretung der Interessen der Bewohnerschaft (Lobbyarbeit für das Quartier)

## Phase 3

- Verstetigung der geschaffenen Strukturen
- Übergabe der Verantwortung an die Menschen vor Ort und an örtliche Regeleinrichtungen
- Ausstiegsanalyse
- Gestaltung des Ablösungsprozesses

## **9 Steuerungsstrukturen und Qualitätsmanagement**

Die Federführung für die Gebietszuweisung, Steuerung und das Qualitätsmanagement der durch die Stadt Köln geförderten Gemeinwesenarbeit liegt beim Amt für Soziales und Senioren.

Die strategische Abstimmung und Weiterentwicklung des Konzeptes erfolgt in den bestehenden Gremien der Sozialverwaltung mit der Liga der Wohlfahrtsverbände. Die fachliche Weiterentwicklung findet im Rahmen eines jährlichen Fachaustauschs zwischen Verwaltung und Trägern der Gemeinwesenarbeit statt.

### **9.1 Zuwendungsvereinbarungen**

Aufgrund der komplexen Bedarfsstrukturen in sozial belasteten Wohngebieten sind stabile Rahmenbedingungen und Planungssicherheit für die Quartiersarbeit erforderlich. Die grundsätzlichen Ziele und Aufgaben der Gemeinwesenarbeit werden in vertraglichen Regelungen zwischen dem Amt für Soziales und Senioren und den Projektträgern festgelegt. Im vierten Jahr erfolgt seitens des Trägers eine abschließende Analyse zu den Wirkungen der Arbeit und der weiteren Bedarfslage. Diese bildet die Grundlage für die Feinabstimmung der Ausstiegs- bzw. Fortsetzungsmodalitäten.

## 9.2 Zielvereinbarungen

Die jährlichen Zielsetzungen und Messparameter werden zwischen dem Amt für Soziales und Senioren und den örtlichen Trägern in Zielformulierungsdialogen abgestimmt und im Rahmen von Zielvereinbarungen dokumentiert, im Folgejahr überprüft und fortgeschrieben.

## 9.3 Wirksamkeitsdialog

Die mit der Gemeinwesenarbeit beauftragten Fachkräfte legen jeweils bis zum 31.01. des Folgejahres einen standardisierten Sachbericht für das Vorjahr vor. Dieser bildet die Grundlage für den Wirksamkeitsdialog, in dem die Zielerreichung anhand der festgelegten Indikatoren bewertet wird.

## 9.4 Verwendungsnachweise

Bis zum 31.03. des Folgejahres legt der Träger Nachweise über die zweckentsprechende Verwendung der Finanzmittel beim Amt für Soziales und Senioren vor.

## 10 Finanzierung und Dauer der Förderung

Der Bedarf der kommunalen Förderung von Gemeinwesenarbeit besteht dauerhaft. Die Förderung der Gemeinwesenarbeit in einem Quartier ist jedoch grundsätzlich auf vier Jahre befristet und kann nur auf der Grundlage einer umfassenden Quartiersanalyse verlängert werden.

Diese beinhaltet einen standardisierten Personaleinsatz von mindestens einer halben fachlichen Personalstelle pro Fördergebiet. Die Finanzierung umfasst jährlich bedarfsgerechte

- Personalkosten im Umfang einer halben Stelle Sozialarbeiterin/ Sozialarbeiter
- Sach- und Gemeinkosten für anfallende Miet- und Telefonkosten, Büromaterial, (Pauschale)
- Sachkostenmittel zur Durchführung von Aktivitäten der Gemeinwesenarbeit im Rahmen der getroffenen Zielvereinbarungen (Verwendungsnachweise)

Für jedes Projektgebiet wird ein einheitlicher Förderbetrag in Höhe von 42.000 € pro Jahr zur Verfügung gestellt (Anlage 2).